

Samstagsinterview

«Wer Geld hat,
trägt Verantwortung»

Antoinette Hunziker-Ebnetter Geld bewegt die Welt, sagt die Präsidentin der Berner Kantonalbank. Antoinette Hunziker-Ebnetter hat darum mit 45 ihr eigenes Investment-Unternehmen gegründet, um zur ökologischen Wende des Finanzmarktes beizutragen. Sie sagt, auch die Nationalbank solle der Nachhaltigkeit stärker Rechnung tragen.

Interview: Tobias Graden

Antoinette Hunziker-Ebnetter, kürzlich sind Lausanner Klimaaktivisten, die in einer Filiale der Credit Suisse eine Aktion durchgeführt haben, erstinstanzlich freigesprochen worden. Das Urteil wurde breit kritisiert. Wie denken Sie darüber?

Antoinette Hunziker-Ebnetter: Ich habe grosses Verständnis für die Grundanliegen der Klimabewegung. Ihr ist es zu verdanken, dass dieses Thema heute in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft breit diskutiert wird. Diese Sensibilisierung ist mit grossem Engagement und im Rahmen einer demokratischen Meinungsbildung gelungen. Aus meiner Sicht hat es die Bewegung gar nicht nötig, zu illegalen Mitteln zu greifen. Ich verstehe das Urteil nicht. Hausfriedensbruch bleibt Hausfriedensbruch, unabhängig davon, wer ihn begeht.

Wie würden Sie reagieren, wenn es zu einer solchen Aktion bei der BEKB käme?

Ich würde – wenn es überhaupt zu so etwas käme – das Gespräch mit diesen Aktivistinnen und Aktivisten suchen, und zwar gerade vor Ort. Ich würde ihnen sagen: Ich finde Eure Grundanliegen gut, ich verstehe sie und unterstütze Eure Aktivitäten, sie müssen aber im legalen Rahmen stattfinden.

CS-Chef Tidjane Thiam hat angeboten, die Aktivisten zu empfangen – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Aktivisten verlangen aber eine öffentliche Diskussion.

Der Dialog ist ganz wichtig – am besten auf einem Podium oder auf einem Platz (deutet auf den Bundesplatz), wo viele Menschen zuhören können. Transparenz und Glaubwürdigkeit sind zentral: Ich will allen das Gleiche sagen, seien es Journalisten, Mitarbeitende oder Klimaaktivisten.

Gäbe es denn gar keinen Grund, bei der BEKB zu demonstrieren?

Wir bearbeiten das Thema Nachhaltigkeit und damit auch die Ökologie seit 25 Jahren systematisch. Gerade eben haben wir beim Carbon Disclosure Project (eine Studie, welche die Umweltverträglichkeit von Unternehmen untersucht, Anm. d. Red.) wiederum die Bestnote A erhalten. Seit 2011 sind wir klimaneutral, wir kompensieren unsere Treibhausmissionen im eigenen Wirtschaftsraum, und in unseren nachhaltigen Anlagefonds sind fossile Energien ausgeschlossen. Ebenso schliessen wir die Förderung fossiler Energien bei der Kreditvergabe aus und achten dort auf die Nachhaltigkeit. In den bankeigenen Finanzanlagen sind auch keine fossilen Energieträger berücksichtigt. Das alles ist mir ein grosses Anliegen.

War es schwierig, diese Anliegen in der Bank auf breiter Ebene durchzusetzen?

Es brauchte schon eine gewisse Zeit. Doch für mich war klar, dass ich die Funktion einer Präsidentin nur in einem Unternehmen wahrnehme, das die gleichen Werte teilt wie ich. Das war bei der BEKB schon vor meiner Zeit der Fall.

Angenommen, ich wollte bei der BEKB 100 000 Franken anlegen und möchte dies im Bereich fossiler Energien und sonstiger klimaschädlicher Branchen tun. Was kriege ich zu hören?

Man würde Ihnen erklären, dass dies nicht nachhaltig ist und hohe Risiken mit sich bringt. Wir sehen grosse Devestitionen in solchen Bereichen. Man würde Ihnen stattdessen nachhaltige Anlageformen anbieten. Entscheiden müssen Sie als Kunde selber.

Der Schweizer Finanzplatz respektive dessen grosse Akteure geraten zunehmend unter Legitimationsdruck, was ihre Verstrickung in den Klimawandel betrifft. Wird sich nachhaltiges Denken durchsetzen?

«Ich habe entschieden: Ich setze meine Arbeitskraft nur noch dort ein, wo eine gemeinsame Wertebasis herrscht.»

Ich habe schon vor Jahren gesagt, dass es zum Mainstream werden wird. Nachhaltige Anlagen verzeichnen ein gewaltiges Wachstum, bei der BEKB sind bereits über 20 Prozent aller Fonds nachhaltig angelegt. Diese Entwicklung wird anhalten, und beim nächsten Generationenwechsel wird es zur ganz grossen Umstellung kommen.

Es fragt sich, ob diese Haltung Bestand haben wird – oder ob sich die heutigen Jungen gleichwohl das SUV kaufen werden, wenn sie zu Geld gekommen sind.

Milton Friedman sagte 1970: «The business of business is business.» Seither ist doch einiges gegangen. Man hat gemerkt: Die Wirtschaft hat der Gesellschaft zu dienen, und diese hat sich als Teil dieser Umwelt zu verstehen. Hinzu kommt: Die Vorgänge, die wir in letzter Zeit in der Natur beobachten konnten, schaffen Betroffenheit. Das erhöht die Chance, dass die Menschen nicht nur ihr Bewusstsein, sondern auch ihr Verhalten ändern.

Man kann sich allerdings schlecht vorstellen, dass einige Dutzend Klimaaktivisten den Schweizer Grossbanken tatsächlich internationale Milliardengeschäfte ausreden und diese beispielsweise beim Börsengang der saudischen Ölgesellschaft nicht mehr mitmachen.

Da stellt sich halt die Frage: Wem gehört diese Bank, wer sind die Aktionäre? Wir als BEKB haben das Glück, dass die Berner Bevölkerung unser Hauptaktionär ist und unsere Ziele teilt. Wir suchen nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern stellen das langfristige Wohl in den Vordergrund. Mit Hauptaktionären, die zweistellige Renditen zum Ziel haben, geht das eben nicht.

Mit ihren Überzeugungen müssten Sie eigentlich in eine Grossbank wechseln, wo es einiges zu verändern gäbe.

Nein, ich habe mit 45 entschieden, dass ich meine Arbeitskraft nur noch dort einsetze, wo eine gemeinsame Wertebasis herrscht. Das ist für mich Teil der Lebensqualität.

Der Vermögensverwalter Blackrock hat kürzlich mitgeteilt, er wolle den Klimawandel zum Kerngedanken sämtlicher Investitionsentscheidungen machen. Wie glaubwürdig ist das?

Blackrock ist der weltgrösste Kapitalverwalter und hat also grossen Einfluss auf die Entwicklung der Finanzmärkte. Ein Umdenken hat neben ökologischen auch ökonomische Vorteile. Grosse Kunden wie etwa der Pensionsfonds der japanischen Kunden setzen Blackrock unter Druck, Umweltaspekte stärker zu gewichten und danach zu handeln. Ob den Worten auch Taten folgen, bleibt abzuwarten. Falls ja, würde dies in der Tat eine ökologische Wende auf dem Finanzmarkt bedeuten. Wir verfolgen das sehr genau. Denn Blackrock will nach wie vor Geld in alle Firmen anlegen und gleichzeitig die Rolle eines aktiven Aktionärs wahrnehmen und mit den Unternehmen in Dialog treten. Wir beobachten, ob das Stimmverhalten von Blackrock dem Rechnung trägt – das ist bislang nicht der Fall.

Die Blackrock-Strategie ist nicht ohne Risiko – falls die ökologische Wende am Finanzmarkt

tatsächlich kommt, gilt es den richtigen Zeitpunkt zum Ausstieg bei manchen Unternehmen zu erwischen.

Das ist so. Wir sehen in diesen Märkten bereits milliardenschwere Devestitionen, und zwar von sehr professionellen Anlegern. Darum müssen sich auch Nationalbanken ihre Gedanken machen – nicht nur wegen des Klimaschutzes, sondern auch unter Risiko-Aspekten.

Was heisst das für die Schweizer Nationalbank? Sie verwahrt sich bislang gegen Forderungen, ihre Investments nach Klima-Kriterien auszurichten.

Ich verstehe, dass die SNB auf ihren gesetzlichen Auftrag und ihre Unabhängigkeit pocht. Wegen der ultraexpansiven Geldpolitik sind die Nationalbanken mittlerweile allerdings zu den grössten Anlegern weltweit geworden, und zwar nicht nur in Anleihen, sondern auch in Aktien. Die schwedische Zentralbank etwa berücksichtigt bereits Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen. Im «Network for Greening the Financial System» erklären 25 Zentralbanken ihre Nachhaltigkeitsstrategien. Die norwegische Zentralbank etwa hat 45 Unternehmen bereits 2018 wegen ihrer klimaschädlichen Geschäftspolitik aussortiert. Die Italiener wollen ihr Portfolio so gestalten, dass es signifikant umweltverträglicher wird. Die SNB ist auch beigetreten und beteiligt sich am Erfahrungsaustausch – wir hoffen sehr, dass sie die positiven Erfahrungen der anderen Zentralbanken mitbekommt. Für mich ist klar: Wer Geld hat, trägt Verantwortung. Das heisst: Diversifikation ist wichtig, aber dass man nicht überall mitmacht, ist selbstverständlich.

Hat die SNB zu sehr Angst, dass sie als politisch wahrgenommen werden könnte?

Ich verstehe solche Befürchtungen ja. Sie soll sich nicht in politische Abhängigkeiten begeben. Aber angesichts der Risiken in der Erdölindustrie gebietet auch schlicht das Performancedenken einen Wandel in der Anlagepolitik. Viele Versicherungen ziehen sich aus dem Geschäft mit der fossilen Industrie zurück, und zwar aus ökonomischen Risikoüberlegungen.

Der Ökonom Jeremy Rifkin prophezeit den Zusammenbruch der fossilen Industrie bis etwa zum Jahr 2028. Teilen Sie diese Prognose?

Wer Recht hat, und ob es tatsächlich ein Entweder-Oder sein wird, das wird die Zeit zeigen. Ob die Menschheit den Turnaround schafft, hängt von sehr vielen Faktoren ab. Wir befinden uns in einer Transformation, es wird ein Nebeneinander geben von alten und neuen Formen des Wirtschaftens. Nehmen Sie etwa die Elektromobilität, diese ist je nach Ausgestaltung und Berücksichtigung der verschiedenen Faktoren noch nicht besser als das Fahren mit einem effizienten Benziner oder Diesel. Wir werden also noch längere Zeit verschiedene Antriebstechnologien sehen. Der Wandel hängt auch von den Konsumenten ab – sie haben Kraft, Geldflüsse haben eine grosse Wirkung.

Mit der Forma Futura Invest AG haben Sie selber ein Anlage-Unternehmen gegründet, das sich als wertebasiert versteht und der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. In einigen Worten: Nach welchen Grundsätzen investiert Ihre Firma?

Wir wollen mit unseren Anlagen die nachhaltige Lebensqualität fördern. Wir legen mit Rückgrat an und tragen zum Substanzerhalt bei. Das verstehen wir nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch, sozial und kulturell. Wir wollen mit den Kunden und den Unternehmen einen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft leisten.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang das «Rückgrat»?

Zur Person

- geboren am 28. November 1960
- aufgewachsen in Wettingen
- Studium der Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen, Diplom der Swiss Banking School
- 1987 Einstieg bei der Bank Leu, wo sie schliesslich Leiterin des Wertschriftenhandels und Verkaufs und damit Direktionsmitglied wurde
- 1995 erste weibliche Chefin der Schweizer Börse SWX Swiss Exchange (heute SIX)
- 2001 Führung der paneuropäischen Börse Virt-x
- 2002 Mitglied der Konzernleitung bei Julius Bär
- 2006 Gründung der unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaft Forma Futura Invest AG
- Seit 2014 Verwaltungsrätin der Berner Kantonalbank (BEKB), seit 2015 Verwaltungsratspräsidentin
- Mitgründerin der Waterkiosk Foundation, deren Projekte Zugang zu sauberem Trinkwasser in Schwellenländern ermöglichen tg

Samstagsinterview



BEKB-Präsidentin Antoinette Hunziker-Ebnetzer: «Wir dürfen nicht zulassen, dass Schurkenstaaten bei uns Geld abholen können.» KEYSTONE/EA

Wir haben eine eigene Meinung, die wir auch gegenüber den CEOs von Unternehmen vertreten. Wir sagen auch mal Nein und sind komplett unabhängig – die Firma gehört uns selber.

Wie gehen Sie vor?

Es gibt mindestens 10 000 kотиerte Unternehmen. Diese filtern wir grob nach den Kriterien Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung, es bleiben etwa 15 Prozent der Firmen übrig. Bei diesen machen wir eine Finanzanalyse, anschliessend folgt unsere eigene Nachhaltigkeitsanalyse. Schliesslich schaffen es etwa 250 Unternehmen in unser Universum. Wir investieren in Firmen, die weniger Ressourcen verbrauchen als die Konkurrenz, sie müssen besondere Leistungen hinsichtlich Nachhaltigkeit erbringen und wir untersuchen auch, wie sie mit Menschen in Randregionen oder in Schwellenländern umgehen. Idealerweise ist beim Unternehmen erkennbar, dass es einem Transformationspfad hin zu sozial- und umweltverträglichem Wirtschaften folgt.

Glencore und Nestlé sind wohl nicht dabei.

Jawohl. Glencore ist nicht dabei, und Nestlé schafft es immer noch nicht, bei uns aufgenommen zu

werden, auch wenn der neue CEO Zeichen aussendet, die in die richtige Richtung weisen.

Hat denn, wer bei Ihnen sein Geld anlegt, die gleiche Rendite, wie wenn er sich nicht um Nachhaltigkeit schert?

Ich bin von Haus aus Betriebsökonomin und erachte diese Frage als essenziell. Auf lange Frist ist die Performance mindestens gleich gut. Darum sehen wir ja jetzt auch die entsprechenden Bewegungen grosser Investoren auf der ganzen Welt. Natürlich gibt es kurzfristige Effekte. Wenn gerade Erdölaktien gut laufen, haben wir eine schlechtere Performance, da wir diese Aktien nicht berücksichtigen. In der Finanzkrise dagegen haben wir weitaus besser abgeschnitten.

Forma Futura Invest legt beispielsweise kein Geld an in Regierungsanleihen von Ländern, «die finanziell, sozial oder ökologisch nicht nachhaltig agieren», heisst es im Nachhaltigkeitsbericht. Streng genommen bleiben da nicht viele Länder übrig, richtig?

Das ist so – derzeit sind wir in gar keine Regierungsanleihen investiert. Grundsätzlich verbleiben nach

unseren Kriterien die OECD-Länder als Möglichkeit, aber mit Ausnahmen: Japan und USA haben immer noch die Todesstrafe; Estland, Lettland, Finnland und die USA sind der Streubomben-Konvention nicht beigetreten, Grossbritannien, Frankreich und die USA haben Nuklearwaffen. Es bleibt also nicht viel.

Eine der Firmen, welche die Nachhaltigkeitskriterien erfüllt, ist Georg Fischer. Diese hat kürzlich mitgeteilt, in den Markt für Gasdistribution in Ägypten zu investieren. Was ist an der Tätigkeit im Bereich fossile Energien in einem demokratischen Land besonders nachhaltig?

Wir haben auch leer geschluckt, als wir das vernahmen und haben es zusammen mit einem Research-Provider analysiert sowie parallel dazu unseren prozessgemässen kritischen Dialog mit Georg Fischer aufgenommen. Das entsprechende Geschäft ist bei der GF Piping Systems angesiedelt, und diese gefällt uns eigentlich sehr gut, weil sie mit ihren kunststoffbasierten Rohrleitungssystemen einen optimalen Umgang mit der Ressource Wasser ermöglicht. Nun geht es aber um Gas, nicht um Wasser. Solange der Schwellenanteil unter fünf

«Nach bisherigen Masstäben gemessen, werden wir mit tieferem Wachstum auskommen müssen.»

Prozent des Umsatzes liegt, bleibt Georg Fischer in unserem Universum.

Manche Ökonomen wie Nico Paech postulieren, tatsächliche Nachhaltigkeit sei bloss mit einer Schrumpfung der Wirtschaft zu einem «gesunden» Mass hin zu erreichen. Damit lässt sich aber kein Geld verdienen. Was entgegnen Sie?

Wir sind der Meinung, dass wir nun in erster Linie zu einem Perspektivenwechsel beitragen müssen. Bei Wachstum stellt sich immer die Frage, wie man es misst. Das blosse Bruttoinlandprodukt macht keine Aussage über die Wohlfahrt. Erziehungs- und Pflegearbeit in der Familie beispielsweise wird weder bezahlt noch erfasst. Nach bisherigen Masstäben gemessen, werden wir ohnehin mit tieferen Wachstumsraten auskommen müssen. Es gibt aber noch andere Arten von Wachstum.

Sie unterstützen die Konzernverantwortungsinitiative ...

(unterbricht) Ich unterstütze ihr Grundanliegen. Die Umsetzung müsste aber so erfolgen, dass unseren Unternehmen keine Nachteile entstehen. Das wäre bei einer Annahme leider nicht gewährleistet, und darum stehe ich der Initiative heute kritisch gegenüber.

Wo liegt das Problem?

Schurkenstaaten könnten Schweizer Unternehmen rechtlich angehen. Das finde ich absolut nicht in Ordnung. Dagegen gibt es Länder wie Frankreich, die mit der Auflage von stichhaltigen Rechenschaftspflichten für Firmen tatsächliche Verbesserungen hingebacht haben. Dort müssen Unternehmen auch über ihre Zulieferer so gute Reports abliefern, dass dies etwas bringt.

Die Unternehmen können leicht flunkern.

Wer falsche Angaben macht, fliegt auf – die Reputationsrisiken sind mittlerweile sehr hoch. Der Druck ist also gross genug, gerade seitens des Finanzmarkts. Die Firmen können es sich schlicht nicht leisten, bei Falschrapporten erwischt zu werden.

Sie hätten sich also einen sinnvollen Gegenvorschlag gewünscht.

Ja, sehr. Denn wir müssen uns bewegen, das ist absolut wichtig.

Glencore aber scheut sich nicht, einen leichtgläubigen Bundesrat zu einer Mine in Afrika zu fliegen, ihn für eine PR-Kampagne einzuspannen und die Botschaft zu verbreiten, dass alles in bester Ordnung sei. Die Durchschnittsbevölkerung zweifelt dies kaum an und es kümmert sie nicht, wie es den Anwohnern der Mine geht.

Ich nehme das anders wahr. Die Medienberichterstattung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass ich mich mit ganz verschiedenen Menschen über solche Themen austausche – sei es mit Leuten aus der Finanzbranche, meinem Bäcker oder meiner Coiffeuse. Die Menschen merken dabei sehr genau, was glaubwürdig ist und was nicht. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass Schurkenstaaten bei uns Geld abholen können.

Sie würden dieses ja nur kriegen, wenn sie Recht bekommen.

Das stimmt, aber wer will schon jahrelange Rechtsfälle auf sich nehmen? Das belastet ein Unternehmen stark und bindet Kapazitäten. Dem sollte man kein Türchen öffnen.

Wie sind Sie eigentlich zu Ihrer heutigen Haltung gekommen? Immerhin haben Sie jahrelang die Börse geleitet, wo es vor allem ums Gewinnstreben geht.

Ich war immer auf dem gleichen Weg. Die Börse hat aus meiner Sicht eine wichtige gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Funktion: Das Geld geht von denen, die's haben, zu jenen, die's brauchen – nach fairen und transparenten Regeln. Dafür habe ich mich als Börsenchefin eingesetzt. Ich war auch der Ansicht, dass der elektronische Handel zur Demokratisierung der Informationen beiträgt.

Das ist eine idealistische Betrachtung der Börse ...

Ich habe dann natürlich auch gesehen, wie das System ausgenutzt wird und dass es Machenschaften gibt, die ich nicht unterstütze. Aber ich halte die Börse nach wie vor für eine gescheite Sache. Mit 45 habe ich beschlossen, meine Werte absolut konsequent umzusetzen und darum eine eigene Firma gegründet. Geld bewegt die Welt, und ich wollte meinen Beitrag leisten, dass diese Geldflüsse an Unternehmen gehen, die ausgezeichnet geführt sind und verantwortungsvoll mit allen Ressourcen umgehen.